

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Sozialdemokratie für Klarheit.

Zur Frage der Regierungsbildung.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beriet heute die durch den Rücktritt der Regierung Marx geschaffene Lage und fasste seine Meinung in folgendem Beschlusse zusammen:

„Die Fraktion stellt fest, daß die bisherigen Verhandlungen mit den Deutschnationalen bereits zu einer empfindlichen Schädigung der außenpolitischen Stellung des Deutschen Reichs geführt haben. Sie sieht in der schnellen Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens den einzig möglichen Weg zur Befreiung der Ruhr, zur Befriedung Europas, zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Sicherheit, damit zur Erleichterung der Wirtschafts- und Kreditkrise und zur Vermeidung neuer ungeheurer Arbeitslosigkeit. Sie fordert daher von jeder Regierung die Fortführung einer Außenpolitik auf Grundlage der Durchführung des Gutachtens unter sozial gerechter Verteilung der Lasten. Sie wird jede Regierung befehlen, deren Außenpolitik durch Verzögerung oder Zweideutigkeiten Deutschland einer Katastrophe entgegenführen würde.“

Die um 1 Uhr zu einer Sitzung zusammengetretene Gesamtfraktion billigte einmütig diesen Beschluß ihres Vorstandes.

Der Reichspräsident verhandelt.

Der Reichspräsident empfing heute vormittag 8 1/2 Uhr den Reichstagspräsidenten Löbe, um sich von ihm über die parlamentarische Lage unterrichten zu lassen. Um 9 Uhr 30 war der Führer der Deutschnationalen, Hergt, gebeten. Der Reichspräsident legte ihm verschiedene Fragen über die Stellung seiner Fraktion zum Sachverständigen-Gutachten, zur parlamentarischen Regierungsform und zum außenpolitischen Programm der Mittelparteien vor. Man darf annehmen, daß diese Unterredung ergebnislos verlaufen ist und daß Hergt daher für den Auftrag zur Regierungsbildung nicht in Betracht kommt. Um 10 Uhr 30 war Genosse Hermann Müller, um 11 Uhr der Führer der Deutschen Volkspartei, Scholz, beim Reichspräsidenten. Im Laufe des Nachmittags wird der bisherige Reichskanzler Marx empfangen werden. Es herrscht allgemein die Überzeugung, daß er von neuem mit dem Auftrag zur Kabinettsbildung betraut werden wird.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt um 1 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, um vor der ersten Verhandlung des neuen Reichstages die politische Lage, wie sie sich aus dem Rücktritt der Reichsregierung ergeben hat, zu besprechen.

Der Reichspräsident wird im Laufe des Tages weitere Besprechungen mit den Parteiführern Fehrenbach, Koch und Reichert haben.

Nach der ganzen Sachlage kann nichts anderes erwartet werden, als daß der Reichspräsident eine Persönlichkeit zum Reichskanzler ernannt, die ohne Einschränkung auf dem Boden der Reichsverfassung steht, und die sich bereit erklärt, die zur Durchführung der Sachverständigen-Gutachten nötigen Gesetze schleunigst im Reichstage durchzubringen.

Für diese Aufgabe kommt der bisherige Reichskanzler Marx in Frage. Es ist vorauszusehen, daß der Reichspräsident Herrn Marx erneut mit der Regierungsbildung beauftragen wird. Die Bildung einer neuen Regierung Marx wird jedoch auf Schwierigkeiten stoßen. Es ist vorauszusehen, daß die deutsche Volkspartei der Bildung einer festen Regierung der Mitte dieselben Hindernisse bereiten wird, die sie bisher bei den Verhandlungen der Mittelparteien mit den Deutschnationalen immer wieder aufgebaut hat. Ihre Sehnsucht nach dem Bürgerblock mit den Deutschnationalen muß die Verhandlungen über die Bildung einer neuen Regierung Marx zum Scheitern bringen, wenn sie trotz aller Erklärungen erneute Verhandlungen mit den Deutschnationalen fordert.

Die Industriellen üben auf die Deutschnationalen einen ungeheuer starken Druck aus. Sie verlangen von den Deutschnationalen die Annahme der Gutachten. Aber nach dem Beschlusse der Deutschnationalen kann dieser Druck keine politischen Wirkungen mehr haben. Jetzt müssen die Konsequenzen aus der Situation gezogen werden, wie sie sich nach dem Abbruch der Verhandlungen ergeben hat — trotz der Zweideutigkeit der Deutschen Volkspartei.

Die erste Etappe.

Das Verschulden der Deutschen Volkspartei.

In einer Besprechung der Vorgänge im Reichstag sagt die „Frankfurter Zeitung“:

Die Deutschnationalen haben die erste Etappe des von ihnen erfolgten Weges erreicht. Die Regierung Marx ist ohne offenen Kampf zurückgetreten. Die Deutsche Volkspartei hat ihre eigene Regierung gefürzt. Die Deutsche Volkspartei, die sich eine Mittelpartei nennt und die unter diesem Namen das Zentrum und die Demokraten zu der berühmten „bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft der Mitte“ an sich gebunden und deren Politik ist und lang

verhängnisvoll beeinflusst hat, will nach rechts zu dem Bündnis mit den Deutschnationalen wandern. Wandert man sich? Die Wendung zum reaktionären Bündnis kostet der Volkspartei kein Opfer der Ueberzeugung. Aber alles wäre klar und folgerichtig, wenn eines nicht wäre: die auswärtige Politik!

Hier ist der Punkt, an dem die Politik der Deutschen Volkspartei aufhört, überhaupt noch Politik zu sein. Diese Partei selbst hat sich eben noch zu der Außenpolitik der Regierung Marx-Stresemann bekannt, trotzdem zerbricht sie die gemeinsame Front, um einer neuen Regierungsbildung die Bahn freizumachen, trotzdem die Deutschnationalen das entscheidende Ja zu dieser Außenpolitik bisher noch nicht gesagt haben. Diese halten an ihren Klauseln und Einschränkungen fest, ohne darzutun, daß die Annahme des Sachverständigenberichts durch die Regierung Marx-Stresemann doch tatsächlich bereits erfolgt ist, daß es sich gar nicht mehr um gebundene oder ungebundene Hände für den Unterhändler handelt, sondern nur noch darum, ob die neue Regierung das Wort der alten einlösen will oder es umwirft. Von dieser Frage aber hängt das Schicksal Deutschlands ab, nicht mehr und nicht weniger. Und darum muß auf sie jetzt alles abgestellt werden, was noch dieser frivolen Verführung der Regierung Marx und der sie bisher tragenden Parteikonstellation nun zur Lösung der Krise gesehen soll. Wir sind heute mehr denn je überzeugt, daß die Wahlen vom 4. Mai keine Mehrheitsentscheidung gegen die bisherige Außenpolitik ergeben haben und daß bei Auflösung des Reichstages und Neuwahlen unter der klaren und eindeutigen Fragestellung „Rettung Deutschlands durch Annahme und ehrliche Ausführung des Sachverständigen-Gutachtens, trotz aller furchtbaren Opfer“ oder „Chaos und Zerstörung“, eine sichere Mehrheit für die Rettung und gegen das Chaos herauskommt. Es wäre eine Mißdeutung des Wahlergebnisses vom 4. Mai, wenn jetzt eine Regierungsbildung versucht würde, bei der die Fortführung der außenpolitischen Linie nicht klar und ehrlich gesichert wäre. Der Versuch einer solchen Regierungsbildung war ja auch im Reichstag selbst von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen, denn in dieser Hinsicht ist auch die Haltung des Zentrums offen und deutlich. Deshalb waren wir gegen den Rücktritt der Regierung Marx, waren dafür, daß sie sich dem neuen Reichstag stellen und in ihm sich eine Mehrheit verschaffen sollte, auf die ihre Außenpolitik sicher rechnen konnte. Jetzt ist durch den Rücktritt des Kabinetts und noch mehr durch die Untreue der Volkspartei die Lage viel verwickelter geworden. Zwischen den Parteien, die die Außenpolitik der bisherigen Regierung zu stützen verpflichtet waren, haßt nun ein neuer Haß.

Der Reichspräsident — so schließt die „Frankfurter Zeitung“ — steht damit vor einer ungeheuer schweren Aufgabe. Aber die Richtung ist ihm gemiesen durch den Ausgang der Wahlen vom 4. Mai: nur eine solche Regierung zu berufen, die mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung der bisherigen Außenpolitik kämpfen und keine Rückschritte dulden will. Das ist die historische Aufgabe, die ihm heute obliegt.

Schwierige Verhandlungen im Ruhrkampf.

Bisher keine Annäherung.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium zwischen Bergarbeitern und Zechenverband gestalteten sich äußerst schwierig. Es wurde bisher in keiner Frage eine Annäherung erzielt. Unter diesen Umständen ist es fraglich, ob die Verhandlungen heute Abend zum Abschluß kommen werden.

Der neue Kurs in Frankreich.

Die Generalräte zur Regierungsbildung.

Paris, 27. Mai. (WZB.) Ueber die Sitzungen der Generalräte wird berichtet: Der Generalrat des Departements der Rhône-Mündung in Marseille nahm eine Tagesordnung an, in welcher ausgedrückt wird, die Sozialisten möchten sich an der Regierung beteiligen und das Programm des Kartells der Linken, das für den Wiederaufbau des Landes unerlässlich sei, durchführen. Im Departement Bug-de-Dôme erklärte Senator Clementel, in dem viele Radikale den zukünftigen Handelsminister erblicken, die große Mehrheit der Wähler wünsche, daß die radikale Partei und die sozialistische Partei sich gemeinsam bemühen, ein Regierungsprogramm zur Geltung zu bringen und gemeinsam die Verantwortung für die Regierung zu übernehmen. Im Departement Tarn wurde eine Resolution eingebracht, die fordert, die Kammer möge den Präsidenten der Republik auffordern, sein Amt niederzulegen. Diesen Willen habe das Land formell zum Ausdruck gebracht. Im Departement Haute-Savoie wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die radikale Regierung zur Durchführung eines Programms aufgefordert wird, welches Frankreichs Sicherheit garantiere und die Reparationen, auf die es Anspruch habe, sicherstelle. Im Departement Yonne erklärte der Vorsitzende der radikalen Fraktion des Senats, Senator Bienvou Martin, Deutschland werde sich täuschen, wenn es glaube, die Radikalen würden weniger fest als früher auf der Forderung der Rechte Frankreichs bestehen und weniger entschlossen sein, ihnen Achtung zu verschaffen. Die Departements Va Ranche und Seine-Inférieure haben dem Präsidenten der Republik und Poincaré erneut ihr Vertrauen ausgesprochen.

Landesverrat.

Zum Gutachten des Reichswehrministeriums.

Von Otto Landsberg.

„Wer über das Bestehen von Geheimorganisationen Mitteilung macht, die durch den Versailler Vertrag verboten sind, begeht, ohne daß es darauf ankommt, ob seine Behauptungen wahr, ob sie den Auslandsstaaten bekannt sind, und ob der deutschen Regierung eine Mitwirkung bei der Vertragsverletzung vorgeworfen wird oder nicht, das Verbrechen des Landesverrats.“ Das ist der Sinn des Gutachtens, das das Reichswehrministerium in der Strafsache gegen Zeigner erstattet hat. Der „Vorwärts“ hat in seiner Sonntagsnummer diese Auffassung mit Gründen bekämpft, die dem besonderen Falle Zeigner entnommen sind; sie ergeben sich aus dem Wesen des Parlamentarismus und den Pflichten einer vom Volk eingesetzten und ihm verantwortlichen Regierung und sind staatsrechtlicher Art. Aber das Gutachten bezieht sich nicht nur auf den Fall Zeigner, sondern es beansprucht allgemeine Geltung. Deshalb muß es auch von allgemeineren Gesichtspunkten aus geprüft werden.

Zunächst ist festzustellen, daß das Gutachten gar kein Gutachten ist, sondern ein Urteil. Der Sachverständige ist nicht Richter, sondern Gehilfe des Richters. Er hat auf Grund besonderer Sachkunde dem Gericht Aufklärung über Tatsachen zu geben, die für die Bildung des richterlichen Urteils von Erheblichkeit sind und die der Nichtfachmann nicht zu erkennen oder zu würdigen vermag. Die Fällung des Urteils aber ist stets und ausschließlich Sache des Richters. Das Gutachten des Reichswehrministeriums verbreitet sich nicht etwa über militärische Dinge, sondern es schreibt den Gerichten die Auslegung des Landesverratsparagrafen des Strafgesetzbuchs vor. Mit ihm stellt es den Versuch einer ebenso unzulässigen wie groben Beeinflussung des Richterstandes dar. Daß Sachverständige, die infolge mangelnder juristischer Schulung die Grenze zwischen ihrem Amt und dem des Richters nicht kennen, dem Gericht die Urteilsfällung abnehmen, statt sich auf ihre Erleichterung zu beschränken, ist im Gerichtssaal nicht ungewöhnlich. Der ausgezeichnete Verteidiger Rechtsanwalt Wundel hat einmal einen solchen Sachmann in seine Schranken zurückgewiesen, indem er auf die Frage des Vorsitzenden, ob zu dem Gutachten Bemerkungen zu machen seien, mit köstlicher Ironie antwortete: „Der Herr Sachverständige hat sich noch nicht über das Strafmaß geäußert.“ Neu ist aber, daß juristisch gebildeten hohen Beamten einer Zentralbehörde der Unterschied zwischen den Aufgaben des Sachverständigen und des Richters nicht bekannt ist.

Leider ist dies nicht der einzige Punkt, in dem die Gelehrten des Reichswehrministeriums eine befremdende juristische Unwissenheit an den Tag legen. Das Strafgesetzbuch bestraft wegen Landesverrats denjenigen, der Nachrichten, von denen er weiß, daß ihre Geheimhaltung einer anderen Regierung gegenüber für das Wohl des Deutschen Reiches oder eines Bundesstaates erforderlich ist, öffentlich bekanntmacht. Wie ist es bei diesem Wortlaut des Gesetzes möglich, einen Landesverrat in der Behauptung von Tatsachen zu erblicken, die „einer anderen Regierung“ bereits bekannt sind! Wie kann man unterschiedslos jede das Bestehen von Geheimorganisationen betreffende Mitteilung als eine Handlung bezeichnen, die unser Land derart schädigt, daß man in ihr einen Landesverrat erblicken muß! Wenn eine andere Regierung durch ihre Kontrolleure oder auf andere Weise über das Dasein von zehn Geheimorganisationen unterrichtet ist, wird dann das Wohl des Reiches durch die öffentliche Bekanntmachung verletzt, daß noch eine elfte besteht?

Aber weiter: wir Sozialdemokraten sind über den Verdacht erhaben, daß wir uns zu Verteidigern der einseitigen Abrüstung Deutschlands, wie sie der Versailler Vertrag vorschreibt, aufschwingen wollen. Unser Ziel ist die Weltabrüstung, die wir im Interesse des Weltfriedens erstreben. Daß ein einzelner Staat, dessen Nachbarn mehr oder minder große Armeen unterhalten, an der Entfaltung militärischer Verteidigungsmittel durch Zwang verhindert wird, bedeutet in unseren Augen keine Friedenssicherung, sondern eine hohe Kriegsgefahr. Indessen der Vertrag von Versailles ist von Deutschland angenommen und ist zum Gesetz des Deutschen Reiches geworden. Und wenn die hieraus entspringende moralische Bindung nicht genügt, um sich zur Beachtung auch der ungerechtesten Bestimmungen des Vertrages in den Grenzen der Möglichkeit für verpflichtet zu erachten, der sollte aus Gründen der Klugheit Erfüllungspolitik treiben. Was im besonderen die Vorschriften des Vertrages über die Abrüstung betrifft, so hat niemand überzeugender die Unmöglichkeit nachgewiesen, sie durch Schaffung von Geheimorganisationen kraftlos zu machen, als der Reichswehrminister Dr. Gheiler. Wer sich durch das Scharnhorstische Beispiel den Kopf verdrehen läßt, übersieht den tiefgreifenden Unterschied zwischen der politischen Lage nach 1806 und nach 1918. Damals waren zwei mächtige Feinde Napoleons, Oesterreich und Rußland, von dem Orkan, der über die Welt geblasen war, im wesentlichen unverfehrt geblieben. Heute sind die Gebiete beider Staaten politische Depressionsphären, und auf dem ganzen Kontinent sehen wir fast nur Mächte, die an Deutschlands Niederhaltung ein Interesse zu haben vermeinen. Deutsche Geheimorganisationen können nur Deutschland selbst gefährlich werden, und zwar noch mehr innen, als außenpolitisch, da der Marck

an den Rhein über Berlin gehen und dort voraussichtlich für recht lange Zeit unterbrochen werden würde.

Eine Gefahr bilden sie aber nur dann, wenn die Behörden des Reiches sie ungehindert schalten lassen. Wenn dagegen die Reichsbehörden jeden Verschwörerband, von dessen Vorhandensein sie Kenntnis erhalten, mit eiserner Faust unterdrücken, so würden sie dadurch denjenigen Mächten, die die Existenz solcher Bünde von Anlaß verschärfter Kontrollmaßnahmen und weiterer Sanktionen machen wollen, die Waffen aus der Hand schlagen und die außenpolitische Lage Deutschlands verbessern. Dabei darf nicht übersehen werden, daß zwischen den Staaten der Entente zwar in der Reparationsfrage große Gegensätze bestehen, daß sie aber in der Frage der Abrüstung eine Einheit bilden, die durch kindische Vertragsverletzungen nur befestigt werden kann. Die Ausrichtungen auf eine den deutschen Interessen Rechnung tragende Lösung der Reparationsfrage müssen sich verbessern, wenn die deutschen Behörden in einem Punkte, in dem alle ehemaligen Feinde uns geschlossen gegenüberstehen, vertragstreuen sind, und ihre Vertragstreue würde sie im Hinblick auf die völlige militärische Wertlosigkeit der Geheimbünde wirklich nichts kosten. Wie kann man unter diesen Umständen Mittelungen über das Bestehen geheimer Verbände als dem Wohle des Reiches abträglich bezeichnen? Nur ihre Tätigkeit, nicht aber die Offenbarung ihres Daseins vermag das Reich zu schädigen.

Die juristischen Sachverständigen des Reichswehrministeriums sind also schlechte Juristen. Aber sie sind noch schlechtere Politiker. Man höre nur auf das Echo, das ihr Gutachten im Auslande widerhallen hat! Das Reichswehrministerium schützt die geheimen Verbände, die der Versäufel Vertrag verbietet! Wer ihr Bestehen offenbart, wird mit Bistigung und unter Mitwirkung dieser hohen Behörde wegen Landesverrats bestraft! Die deutsche Reichsregierung will die Bestimmungen des Friedensvertrages über die Abrüstung sabotieren! Seien wir daher wachsam, verewigen und verschärfen wir die militärische Kontrolle und zwingen wir Deutschland durch neue Sanktionen zur Vertragstreue! So schließt es aus Frankreich, Belgien und Polen zu uns herüber. Das Gutachten des Reichswehrministeriums dient also, um die Worte zu gebrauchen, mit denen es den Nachweis für den landesverräterischen Charakter von Mittelungen über Geheimbünde zu führen unternimmt, „zur Begründung der Notwendigkeit des Weiterbestehens der dem Wohle des Deutschen Reiches abträglichsten Kontrollkommission und als Unterlage für weitere Maßnahmen zur Wiederherstellung Deutschlands“. Mit anderen Worten: Nach der Logik des Reichswehrministeriums hat es durch die Erstattung seines Gutachtens Landesverrat begangen.

Und das ist der Humor dieser ernsten Angelegenheit.

Mittelblock oder Chaos?

Nach dem Rücktritt der Reichsregierung.

Die deutschnationalen Parteipresse enthält sich den entscheidenden Ereignissen des gestrigen Tages gegenüber jeden Kommentar. Lediglich der „Lokal-Anzeiger“ meint, die Antwort der Deutschnationalen schlage keine Türen zu, alles spreche dafür, daß der von der Rechten eingeschlagene Weg einer Kanzlerschaft Tirpitz wieder begangen werde. Jedenfalls müßte der Reichspräsident jetzt einen Deutschen mit der Regierungsbildung beauftragen. Der „Lokal-Anzeiger“ versucht bei dieser Gelegenheit, auch die Volkspartei ganz in das deutschnationalen Fahrwasser hinüberzuziehen, indem er die verstockten Angriffe der volksparteilichen Presse auf die Deutschnationalen als Mißverständnisse der „Pressetrabanten“ Stresemanns bezeichnet.

Damit wird ein Thema angeschnitten, das die Presse der Mittelparteien in den Mittelpunkt ihrer Betrachtungen stellt. Sowohl das Zentrum wie auch die Demokraten sind über den eigenmächtigen und gegen die Vereinbarungen verstoßenden Beschluß der Volkspartei, den Rücktritt der Regierung vor dem Bekanntwerden der deutschnationalen

Antwort zu fordern, äußerst verstimmt. Die „Vossische Zeitung“ nennt diesen Beschluß geradezu eine Torpedierung des Kabinetts Marx und sagt, er leiste den deutschnationalen Tendenzen Vorschub. Noch deutlicher wird die „Germania“. Dort heißt es, das selbständige Vorgehen der Volkspartei vertrage sich nicht mit der Art, in der die drei Mittelparteien bisher zusammengearbeitet haben. Die Volkspartei sei von Stresemann abgerückt, ihr Verhalten lasse die Konsequenz vermessen und mache die Partei zu einem unsicheren Faktor. Das Zentrum habe infolge der Haltung der Volkspartei seine volle Freiheit wiedergewonnen.

Das Verhalten der demokratischen und der Zentrums- partei läßt auf schwere Mißstimmungen innerhalb der Mittelparteien schließen. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bekräftigt das, indem sie hinzufügt, daß die Verstimmung auch in den Unterredungen mit Mitgliedern dieser Fraktionen zum Ausdruck gekommen sei. Es ist den Deutschnationalen also mit der Hilfe des rechten Flügels der Volkspartei gelungen, einen Keil in die Mittelparteien zu treiben, und man muß sich die Frage vorlegen, welche Folgen daraus entstehen. In der „Germania“ heißt es:

„Die Deutsche Volkspartei hat mit ihrem Beschluß, der den Rücktritt der Reichsregierung fordert, wohl die politische Situation klären wollen. Wahrscheinlich wird aber eine große Vermirrung daraus entstehen; denn wir wissen zwar sehr, daß wir keine aktionsfähige Reichsregierung mehr haben, aber was kommen wird, können uns auch die Väter jenes Entschlusses schwerlich verraten.“

Eines geht aus der Presse des Zentrums und der Demokraten klar hervor: beide Parteien lehnen die Antwort der Deutschnationalen scharf ab. Die „Germania“ versichert, das Zentrum werde die deutschnationalen Politik der Vorbehalte und Winkelzüge auf keinen Fall mitmachen, für ihre Partei komme ein Abweichen von der Linie des Kabinetts Marx nicht in Frage, sie werde deshalb ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß die Führung bei der Mitte bleibt und daß eine Regierung zustande kommt, die die Weiterführung der bisherigen Außenpolitik garantiert.

Weshalb „Berliner Tageblatt“ und „Vossische Zeitung“. Das „Berliner Tageblatt“ sagt z. B.:

„Die Mittelparteien dagegen sind der Ansicht, daß man in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation nur durch Klarheit, Offenheit und Ehrlichkeit zu dem Ziele kommen könne, das zu einer Lösung der Reparationsfrage, zu einer politischen Verständigung und zu einem wirtschaftlichen Ausgleich mit den Alliierten führt.“

Beide Blätter sind der Ansicht, daß es dem Führer der Deutschnationalen, Hergt, wenn er mit der Kabinettsbildung beauftragt werden sollte, nicht gelingen werde, seine Aufgabe zu lösen, und daß man mit einer baldigen Rückkehr des Kabinetts Marx rechnen könne.

Das ist in der Tat die einzige Möglichkeit, das Schiff der Politik flott zu erhalten. Verjagt sie, dann steht das Reich vor einer ähnlich chaotischen Situation wie in der Zeit nach dem Rücktritt des ersten Kabinetts Stresemann. Auf die Volkspartei siede die schwere Verantwortung, diese Situation heraufbeschworen zu haben.

Deutschvölkisches Komödienspiel.

Völlig unpolitisch, aber — ich verpflichte mich . . .

Eine Lokalkorrespondenz meldet:

Am Montag, den 26. Mai, dem Jahrestag der Ermordung Albert Leo Schlageters, haben sich folgende völkische Jugendverbände zu den Vereinigten völkischen Jugendverbänden zusammenangeschlossen: 1. der Deutschvölkische Jugendbund Graf Jork v. Borstelburg, 2. der Jugendbund Leo Schlageter und 3. der Ostdeutsche Jugendbund v. Hindenburg. Die VVJ, erstrebend den Zusammenbruch aller völkischen Jugendbünde bei Wahrung ihrer Selbstständigkeit und bezweckend die körperliche und seelische Erziehung und die Erziehung zum völkischen Gedanken unter Ausschluß der Partizipolitik. Als Mitglied kann jeder völkische Jugend-

welche Selbstarmut dokumentieren ihre jeglichen anmaßungsvollen Prätentionen!

Ich ging, Arm und traurig, Leergebrannt. In den Straßen hockte die Nacht. Und an einer Ecke klang von den zufällig übriggebliebenen Hegen eines Wahlsickers der Primar Schrei des Proletariats:

Mutter, dank' an mich!

Zurück zum Paradies!

Die Sehnsucht nach dem verlorenen Paradies nimmt manchmal merkwürdige Formen an, und wenn einmal ein Rousseau auf seinen Ruf „Zurück zur Natur“ hin vorgeworfen wurde, er wolle den Menschen zum Affen zurückbringen, so lehren diese modernen Natur schwärmer in ihrer Sehnsucht nach dem Leben der Natur zu dem Dasein der Urmenschen zurück. Vor kurzem wurde in den Wäldern am Ufer des Mississippi in den Vereinigten Staaten eine merkwürdige Familie entdeckt. Der Mann lebte seit mehr als einem Jahrzehnt in dieser Wildnis ganz allein; er hatte dann eine Frau gefunden, die sich in einer Höhle gefangen hatte, und sie zum Weibe genommen. Ihrem Bunde entsproß ein Baby. Diese modernen Adam und Eva lebten schon seit Jahren von Wurzeln, wilden Früchten und Wild; sie hatten sich neugierig in Tierfelle gekleidet und waren nur aus dem dichten Urwald näher an den Rand des Flusses getrieben worden durch Lebereschwämmungen, die ihnen das Leben in dem Dickicht unmöglich machten. Luch früher schon haben, woran in einzig englischen Zeitschrift erinnert wird, verschiedene Paare der modernen Zivilisation den Rücken gelassen und ein „parabolisches“ Leben aufgenommen. So verbrachte ein Ehepaar: lange Jahre auf einer verlassenem Insel an der Küste von Schottland. Sie hatten ihre Wohnung in einer Höhle aufgeschlagen; aber schließlich hielten sie es doch nicht mehr aus und lehrten reumütig nach London zurück. Ein anderes Ehepaar wurde vor einigen Jahren in den Vereinigten Staaten dadurch berühmt, daß es mit dem festen Entschluß in die Wildnis auszog, den Gärten von Eden, aus dem die Menschheit vertrieben worden, wieder aufzufinden. Sie legten in einer dichten Waldgegend ihre Kleider ab, machten sich Anzüge aus Baumrinde und Flehen und lebten nur von den Beeren und anderen Früchten des Waldes; höchstens jagten sie sich noch etwas Wild in einfachen Fellen. Aber auch hier schickte die Schlang nicht im Paradies, und es kam zwischen den neuen Adam und Eva zu so heftigen Auseinandersetzungen, daß ihre Suche nach dem Eden vor dem Schicksalsergehnis endete. Krüger hanthelt dergleichen, die sich allein ins Paradies zurückzogen. Es gibt verschiedene solcher „Adams“, die auf einsamen Inseln im Stillen Ozean leben und sich dabei ganz wohl befinden. Der Weg vom modernen Europäer zu den Wilden ging schon eine Engländerin, die nach Australien ausgewanderte und Köchin auf einer Farm im Busch wurde. Hier schloß sie Bekanntschaft mit einem Eingeborenen, der zu einer der primitivsten Rassen gehörte, die es noch auf Erden gibt. Sie reichte ihm die Hand zum Lebensbund und zog mit ihm in sein Dorf, wo sie sich von den Wilden durch nichts als durch ihre Hautfarbe unterscheiden. Einem Mädchen, der sie auslachte, erklärte sie, sie sei vollkommen glücklich; sie hatte also ihr Paradies gefunden.

bund aufgenommen werden, der Lubendorff, v. Hindenburg oder v. Brause anerkennt und sich verpflichtet, in Wort und Tat für den völkischen Gedanken einzutreten. Jeder angefallene Jugendbund hat seine Mitglieder auf folgende Formeln zu verpflichten: „Ich gelobe, dem Vaterland bis zur Selbstaufopferung zu dienen, dem Führer willige Gefolgschaft zu leisten und unbedingten Dienst zu leisten, mit Wort und Tat für die Freiheit und Einheit Deutschlands einzustehen.“

Man ist von den Völkischen manches gewohnt. Die Leistung dieser VVJ, aber ist geradezu klassisch. Sie schwören auf die Führer der nationalsozialistischen Freiheitspartei, die als politische Partei anerkannt ist und die Diktatur erstrebt, sie geloben diesen Führern unbedingten Gehorsam und Gefolgschaft bis in den Tod und erklären sich zu gleicher Zeit frömm, fröhlich, frei als göttlich unpolitisch. In ihrer politischen Begehung mag man zweifeln, daß sie dagegen als parteipolitisch gemeingefährlich abgestempelt sind, läßt sich nicht bezweifeln.

Die Finanzpolitik Preußens.

Debatte im Landtag.

Der Preussische Landtag erledigte in seiner heutigen Sitzung zunächst eine Reihe von Interpellationen. Zu der großen Anfrage der Sozialdemokraten über die Abänderung der Abstreibungsparagraphen des StGB, erklärte ein Regierungsvertreter, daß das Staatsministerium bereit sei, beim Reichsminister eine Milderung der geltenden Strafbestimmungen anzuregen. Schon jetzt würden schwere Jugendhausstrafen nur in Ausnahmefällen verhängt. Nur für schwere Fälle müßte die Jugendstrafe bestehen bleiben. Die Abstreibung, insbesondere in den ersten drei Monaten nach der Empfängnis überhaupt straflos zu lassen, das verleihe die Aufsicht auf die Gesundheit, sowie die Gefahr der Zunahme der Abstreibungen und der Geschlechtskrankheiten.

Das Haus ging dann über zur Fortsetzung der großen politischen Aussprache über den Staatshaushalt. Als erster Redner sprach

Genosse Lademann:

Das vergangene Jahr war ein Jahr wirtschaftlicher und sozialer Katastrophen. Die Schwerbeschäftigten konnten sich bereichern, Arbeiter, Angestellte und Beamte, ein Teil des Mittelstandes und starke Teile der intellektuellen und freien Berufsberufe. Eine ungeheure Proletarisierung des Volkes ging vor sich. Deshalb — darin stimmen wir mit dem Finanzminister überein — muß das Ziel aller Finanzpolitik zunächst in der Stabilisierung der Mark bestehen. Wir bedauern nur, daß jahrelang unsere Warnungen und Rathschläge von harten Teilen der bürgerlichen Parteien in den Wind geschlagen wurden. (Zuruf rechts: Und die Produktionssteigerung?) Die Produktionssteigerung? Gerade wir haben wiederholt eingehend Vorschläge zu diesem Problem gemacht. Verlassen Sie doch auch nicht das psychologische Moment in dieser Frage. Keine Produktionssteigerung ohne Steigerung des Arbeitswillens! Erinnern Sie sich doch an die gestrige Debatte über die Bergarbeiterfrage.

Für die Massen des arbeitenden Volkes müssen wir mit Nachdruck aussprechen, daß für die Stabilisierung der Währung kein Opfer zu groß ist. Hier wird der Finanzminister unsere volle Unterstützung finden. Es bleibt natürlich dann die Frage, wie soll die Währung gesichert werden? Die Stabilisierung darf nicht zu Kosten der schon übermäßig belasteten Volksschichten erfolgen.

Stabilisierung gemäß — aber bei gerechter Verteilung der Kosten!

Steuerpolitik und Finanzpolitik des preussischen Staates ruhen auf der Steuer- und Finanzpolitik des Reiches. Wir betonen mit Schärfe, daß wir dieses Fundament im Reich für falsch halten. Eine Umwälzung von indirekter Steuerbelastung fällt auf die Schultern der werktätigen Bevölkerung. Die Umsatzsteuer verwandelt sich in der Abwälzung zu einer immer härteren Last. Verlassen Sie nicht, daß die auswärtigen Kennen der deutschen Steuer- verhältnisse betonen, daß der Großteil bei uns nicht genügend zu den Kosten und Steuern herangezogen wird. Erinnern Sie sich an das Urteil und die Kritik des Dames-Gutachten!

Wir haben in Preußen noch die Mietssteuer, die vom Reich bekanntlich den Ländern vorgeschrieben wurde. (Zuruf von den Kommunisten.) Herr Abgeordneter König-Weihenfels, Sie haben ja auch im Hauptauschuß deutlich gezeigt, daß Sie als Bürgermeister ein Interesse daran haben, aus den nun einmal vorhandenen Steuerquellen für die Gemeinden herauszuholen, was möglich ist. Es bleibt jedenfalls ein Verdienst der Sozialdemokratie, die Mietssteuer so sozial ausgestaltet zu haben, daß sie wenigstens einigermaßen von den schwergeprüften Massen getragen werden konnte. (Schluß im Morgenblatt.)

Erziehung zum Haß.

Von Bewe.

Da einem der großen Cafés einer deutschen Großstadt. Musiker quälten sich, Bauschneisen der Bewohner des Feuerlandes oder meinetwegen auch solche irgendeines unbekanntes Regenshammas Innenraums dem Publikum mit mächtig viel Geräusch in die Ohren zu schmeißen. Trotzdem oder gähnte die Sangweise von jedem Tisch, saßen das Heran- und Einander-fremdlein unter den Menschen, die sich fast mit den Elendbogen berührten. Jenes Fremdsein, das unserer Großstadt, beinahe unserer ganzen Kultur ihren entsetzlichen Stempel aufgedrückt. Spiegel an den Wänden zerrissen den Raum. Düsternheit, dunkle Geschäftigkeit, Rawität und Strupellosigkeit flossen bunt durcheinander.

Ich las. Wahlos Zeitungen, Zeitschriften. Da schwebte die Müll. Ein beschränkter Herr bestieg das Podium. Anlager und Humord zugleich. Er ödete mit alten Wigen. Die Longeweile wurde gährender. Es sahle kaum wer. Da holte er seinen letzten Trumpf: Ein ernstes Gedicht in erster Zeit. Ich horchte auf. Es konnte immerhin etwas sein. Manchmal blüht auch im ärmsten Schmarren so etwas wie ein Zeigenen Menschlichkeit.

Es war nichts. Von Rhein und Tränen, schwarzer Schmach, Liebesweh, Selbstmord, Faust-in-der-Losche, Haß, Krieg, Befreiung waren die schlechten Verse überfaden. Nicht die Spur von Kunst oder Natur. Doch seltsam: der Funke zündete! Der Beifall knisterte hart auf, leise, im Untergrund aller Gemüter, schwelte schon das Deutschlandlied.

Der Mann trat schmunzelnd ab. Die Spekulation auf einen falsch verständenen Nationalismus hatte sich als richtig erwiesen. Ein Narr, der die Konjunktur nicht ausnützt!

Ein Mann sang Rheinlieder. Er hatte keine Ahnung vom Singen. Vielleicht kaum vom Rhein. Am Schluß steuerte er aber auch er seinen Ödnis bei: die erste Zeit im ersten Gedicht. Selbstverfaßt, wie er selbst den sagte. Wieder wurden alle die Gefühlschen, die billig sind und bei jedem „normalen“ Deutschen mit den Räten Vaterland, Ehre, nationale Würde usw. unjant werden, mit dem Spinnwebel beackert. Bienen fliegen hoch. Die Massenpsychologie, attudiert von der Müll, die unter den Worten durch nationalstische Lieber die Feuerchen einer gefächerten Begeisterung schürte, band Menschen und Dinge. Die große Volksgemeinschaft entstand in Reinkultur. Sind wir nicht ein einiges Volk, trotz unserer 26 völkischen Parteien? Übernahm, dunkle Geschäftigkeit und Strupellosigkeit fanden unter dem Mantelein der nationalen Begeisterung ihre Befriedigung und aber allem wuchsen die unausstößbaren Distanzen des Hasses.

Des seligen Wolzogen „Ueberbratt“ als Geschäftshaber in Nationalismus und Haß: wie tief ist jene lustige Göttin gesunken und

Marx als Sowjetkellner. Die bolschewistische Regierung hat den dringenden Wunsch, daß Karl Marx Seite an Seite neben Lenin, seinem berühmtesten Schüler, seine dauernde Ruhesätte finde. Wie „Daily Express“ erzählt, haben sich die in London weilenden Sowjetdelegierten an das britische Ministerium des Innern mit dem Ersuchen gewandt, sie zu ermächtigen, die Leiche im Highgate-Friedhof, wo Karl Marx im Jahre 1883 beigesetzt wurde, auszugraben und nach Russland überführen zu dürfen. Die Frage wurde schon im Jahre 1918 von Litwinow angeregt, als dieser Sowjetgesandter in London war. Das Grab befindet sich in nernachfolgendem (?) Zustand, und Lenin hatte seinerzeit Litwinow den Auftrag erteilt, 100 000 Pfund Sterling zur Errichtung eines Denkmals und zur würdigen Herstellung des Grabes zu verwenden. Litwinow hatte wohl den Auftrag erhalten, konnte aber das Geld für seine Ausführung nicht aufbringen, und so blieb alles beim alten. Es scheint übrigens zweifelhaft, ob das britische Ministerium des Innern überhaupt das Recht hat, über das Grab zu verfügen und den Wunsch der Sowjets zu erfüllen. Das Grab gehört der Familie von Karl Marx, die auch allein Bestimmungen darüber zu treffen hat. Der Antrag von Karl Marx, der französische Deputierte Jean Longuet, ist aber ganz und gar nicht mit der Art, wie die Russen die Doktrin seines Großvaters ausleben, einverstanden. Er dürfte deshalb auch nicht geneigt sein, dem Wunsch der Sowjets Folge zu geben.

Im Reichen-Theater findet Litwinow die 80. Vorkellung von Kurt Tellerz „Hintermann“ hat. Hintermann: Heinrich George. Regie: Emil Lind. Die Gastschiedirection des Reichs- und -Theaters in von den Kammermitgliedern Hamburg und dem Schauspielhaus Frankfurt a. M. aufgeführt, mit der Berliner Aufführung des „Hintermann“ im Juli und August in genannten Städten zu gastieren.

Eine italienische Oper in Berlin. Zwischen dem Teatro Colonsi zu Rom und der Konzertdirection Robert Schach schweben Unterhandlungen, die dahin zielen, diese Opernbühne nach Berlin zu bringen. In Aussicht genommen sind Aufführungen von Verdis Opern von Puccini, ferner Giuseppe, Fallst und einige Opern von Verdi. (Es für das deutsche Deutschland solche Logenvermittlung vorzuziehen ist, Gehalt und sehr fraglich.)

Tamara Karakina in Berlin. Es ist der Direction des Berliner Theaters gelungen, Tamara Karakina für zwei Konzerte zu gewinnen. Tamara Karakina wird mit ihrem Berliner Vieler Blaublitz in einem in Berlin noch nicht gesungenen Programm auftreten.

Zeichnungslehre der Presse. Im überbrachten Redlichen Seiten zur Zeichnungslehre veranlaßt der Reichsverband der deutschen Presse am Donnerstag nach München, am 18. Juni, ein Zeichnungslehre zum Besten seiner Unterhaltungsblätter. Am Theater wird die Oper „Maktin“ in Szene geben. Dazu hat neben bekannten heimischen Kräften der ausget. berühmte Tenor B. G. G. H., der „stete Carlo“, seine Wärmigkeit beigetragen. Im Garten werden mehrere Orchester konzertieren. Das Ballet der Staatoper wird im Freien durch atmosphärische Verhältnisse ungemindert. Eine reich ausgestattete Tombola steht für Liebererhaltung bereit.

Die Tuberkuloselegung in Coburg wurde Montag eröffnet. Drei Ge-

„Detektiv“ Grandel.

Er entlarvt die Seccid-Attentäter und — schmeigt.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung des Schwurgerichts im Prozeß gegen Thormann und Grandel wurde festgestellt, daß heute der Zeuge Major a. D. Gilbert erschienen, bezogen v. Zeilenborn nicht gekommen ist.

H. A. Dr. Seccid stellte fest, daß Zeilenborn und Gilbert in einer Wohnung zusammenwohnen.

H. A. Dr. Seccid überreichte dem Gericht einen Brief eines Herrn Zeumer, der behauptet, daß Dr. Seccid auch ihm gegenüber schwindelhafte Mitteilungen gemacht habe.

Dann wurde die Vernehmung Grandels fortgesetzt. Er berichtet, daß am Sonntagabend, als er im Café-Erffolter-Café sah, Thormann zu ihm gekommen sei. „Thormann schien mir sehr verändert. Als ich ihm das sagte, sagte er, er kenne sich nicht mehr aus. Er sei mit Köpfe zusammengewesen und dieser habe behauptet, er wolle Seccid am Dienstag erschlagen. Ich habe Thormann geantwortet, daß meiner Meinung nach Köpfe die Sache nicht ernst sei und daß er nur Geld aus Thormann herauszuschlagen wolle. Thormann hat mir leid und ich sagte ihm, ich würde versuchen, die Sache aufzuklären, obwohl ich genug davon hatte. Thormann hat mich, mir auch Zeilenborn anzusehen, über den Thormann sehr schimpfte.“ Vorl.: „Was sagte er denn?“ Grandel: „Er nannte Zeilenborn einen Lumpen und

Thormann hat mich dann um ein Dutzend von 100 M., das ich ihm auch gab.

Beim Abschied im Café Erffolter sagte ich Thormann, daß ich am nächsten Morgen nach dem Besuchen des Thormann würde, um mir Zeilenborn und Köpfe anzusehen. Am nächsten Morgen war ich am verabredeten Platz und Thormann kam mit Köpfe auf mich zu. Köpfe verhielt sich sehr zugeknöpft und zurückhaltend. Das bestärkte mich in der Meinung, daß der Mann nur Komödie spielte. Als Thormann einmal über den Damm ging und ich mit Köpfe weiterging, dachte ich, wenn Köpfe wirklich etwas vor hat, wird er mit mir, dem älteren Mann, sich aussprechen. Ich fragte ihn also, ob er zur Tat entschlossen sei, und Köpfe antwortete kalt: „Ja.“ Aber er hatte dabei ein höhnisches Lächeln. Da war ich mir klar, daß dieser Mann nur sein Spiel trieb. Auch seine Kleidung, die schlechten Gemaltes, der Schapphut deuteten darauf hin, daß der Mann nichts Ernstliches vor hatte. Ich war beruhigt. Hätte ich das geringste Zeichen gemerkt, daß er Ernst machte, so hätte ich ihm ernstlich abgeredet oder wäre mit ihm zu Hülse oder Bremer gefahren. Ich fragte mich, zu welchem Zweck hat Köpfe das Spiel getrieben, und ich sah nur,

daß es dem Manne um Geld zu tun war.

Ich bin nach der Unterredung zu den Lehmann-Berlen gefahren. Ueber mein Erlebnis mit Köpfe sprach ich mit keinem Menschen. Am Freitag Mittag war ich im Altsiedlerischen Bureau und machte Justizrat Claß am Sonnabend morgen in seiner Wohnung auf. Wir sprachen über die bayerischen Verhältnisse. Am Mittwochabend fuhr ich nach Augsburg und las in der Zeitung von einem Attentatsplan gegen Seccid. Mein Verdacht war sofort, daß Köpfe ein Spion war, aber ich beruhigte mich wieder in dem Gedanken, daß ich nichts Unrechtes getan habe. Ich habe auch zu Haus niemanden, auch nicht meiner Frau, von der Begegnung mit Köpfe und Zeilenborn erzählt. Ich habe eine Anstalt zu einer Nacht gemacht. Am Mittwoch nachmittags besuchte ich im Polizeigebäude einen Beamten, den ich eher nicht antraf. Dann ging ich am Bahnhof vorbei und es fiel mir ein, daß ich meinen Paß erneuern lassen wollte. Ich habe mir den Inlandspaß erneuern lassen. Der Beamte fragte mich, ob der Paß auch für die angrenzenden Länder, Litwa usw., ausgestellt werden sollte. Ich stimmte zu. Auf dem Einwohnerebene fragte mich der Beamte, ob ich den Paß schon am nächsten Morgen haben wollte, was ich verneinte.

Am Donnerstag nachmittags wurde ich zu meiner Bestürzung verhaftet und nach Berlin gebracht. (Hier verliert der Angeklagte wieder die Fassung, so daß seine folgenden Ausführungen unverständlich bleiben.)

Infolge der großen Erschöpfung Dr. Grandels mußte wiederum die Verhandlung auf kurze Zeit unterbrochen werden.

Der Vorsitzende hält Grandel seine Aushagen vor dem Untersuchungsrichter vor. Der Angeklagte erklärt: „Verteidigen kann ich mich nicht, wenn ich beschuldigt werde. Das liegt in meiner Natur. Ich habe meiner Frau auch geschrieben, daß dies mein Tod ist.“

Ich habe Claß und mich anfangs beschuldigt, weil ich mein ganzes Leben zusammenbrechen sah. Ich sagte mir, wenn ich Claß nicht kennengelernt hätte, wäre ich nicht in diese Lage gekommen.

Vor meiner ersten Vernehmung war ich resillos zusammengebrochen. Ich fühlte, daß ich geistiger Unmündigkeit entgegenstehe, daß ich im Gefängnis untergehen müsse, und ich wollte nicht mehr leben. In dieser Selbstzerstörung trat ich vor den Untersuchungsrichter. Was ich sagte und was er fragte, wie ich meinte, weiß ich nicht. Dann kam meine Frau, die ich kurze Zeit sehen durfte. Sie sagte mir, sie könne es nicht über sich gewinnen, die Kinder mit in den Tod zu nehmen, und beschwer mich, für meine Unschuld zu kämpfen. Meine Selbstbeziehung vor dem Untersuchungsrichter ist falsch. Weder Claß noch sonst jemand hat mich ergriffen. Ich habe Thormann bezichtigt, auch das ist falsch. Es ist auch unwahr, daß ich von Claß für Thormann Geld erhalten habe. Das letzte Geld, das ich von Claß für politische Zwecke erhalten habe, war vor Aufgabe des Ruhrwiderstandes. — Vorl.: Warum haben Sie dem Untersuchungsrichter diese Märchen erzählt? — Dr. Grandel: Ich bin nur aus der geistigen Verwirrung, in der ich mich befand, dazu gekommen. Diese Zustände der Unmündigkeit der Gebirgsbildung haben mich vor 14 Tagen überfallen. — Vorl.: Am Schluß der Aussagen sagen Sie, daß Sie das Geständnis ablegen, weil Sie noch besserer Uebertugung die Tat mitbilligen.

Dr. Grandel: Ich habe meine erste Aussage sofort, als ich ins Gefängnis zurückkam, widerrufen wollen und schrieb das auf einen Zettel. Ich klinge nach dem wachhabenden Beamten, der den Zettel dem Untersuchungsrichter bringen sollte. Er schrieb mir aber nur barich an. Erst drei Tage später ist dieser Zettel dem Untersuchungsrichter eingehändigt worden. — Vorl.: Wenn zweiten Verhör im Beisein des Justizrates Claß haben Sie dann alles widerrufen. Was haben Sie da gesagt? — Dr. Grandel: „Was damals Untersuchungsrichter Dr. Rothmann geschrieben, habe ich nicht gesagt, er hat es vielmehr formuliert. Ich hatte keinen Ueberblick, ob nicht Zeilenborn und Köpfe die Sache mit Kenntnis ihrer Führer Hülse und Graefe gemacht haben.“ Generalstaatsanwalt: „Hat der Angeklagte dem „Germanenorden“ angehört, dem auch die Höcker Erzbergers Schutz und Tilffen angehört haben?“

Dr. Grandel: „Ich habe ihn nicht angehört.“ — Generalstaatsanw.: „Bei den Nachforschungen bei Schulz und Tilffen ist ein Brief des Leiters Hege vom „Germanenorden“ gefunden worden, der förmlich, daß Dr. Grandel ihn böse im Stich gelassen habe.“ — Dr. Grandel: „Ich habe mit Hege einmal vier Wochen Führung gehabt, und er wollte mich für ein Amt im „Germanenorden“ vorschlagen. Aber ich lehnte einen Beitritt für den Orden ab.“ — Generalstaatsanwalt: „Hat der Vertretiger Dr. Grandels, den er nach der Verhaftung befristet, im Auftrag seines Mandatanten an Justizrat Claß geschrieben?“ — Dr. Grandel: „Es handelte sich darum, daß Claß für mich einen Vertretiger in Berlin bestelle.“ — Generalstaatsanwalt: „Unter den bei Herrn Claß beschlagnahmten Papieren befindet sich ein Zettel: Rufe Finanzrat zurüd.“ — Vorl.: Wussten Sie, daß Claß mit General Seccid ein Renonciere hatte?“ — Dr. Grandel: „Claus erzählte mir einmal, daß er verlobt hätte, Seccid für seine Pläne zu gewinnen, daß aber Seccid abgelehnt habe. Von Umständen war aber keine Rede.“ — Generalstaatsanwalt: „Es war doch wohl so, daß Seccid zu Claß gesagt hat: „Ich wünsche auch gegen rechts bis zum letzten Mann und bis zur letzten Patrone.“ — Dr. Grandel: „Ja wohl.“

Abbau des Werkstudenten.

Man schreibt uns:

Solange sich Herr Reich als Rektor an der Berliner Universität auf nationalitätliche Vorkursbeschränkung beschränkte, konnte man hoffen, daß er ernst zu nehmen sei. Jetzt aber zeigt Herr Koethe, daß er gemäß H. seinen Thronen entsprechende Taten folgen zu lassen. Zur politischen Reaktion kommt die soziale Reaktion. Ihr nächstes Ziel ist der „Abbau des Werkstudententums“. Auf Beschluß des Senats der Berliner Universität haben alle in die Universität Neuzutretenden eine eidgenössische Erklärung abzugeben, daß sie nicht mehr als 4 Stunden am Tage nebenberuflich beschäftigt sind. Und das Sekretariat gibt bereitwillig Auskunft, daß jeder, von dem man erfährt, daß er mehr als 4 Stunden täglich nebenbei arbeite, von der Liste der Studierenden gestrichen werde. Das Ziel ganz klar darauf hin, dem Werkstudenten das Studieren unmöglich zu machen. Man will diese Sorte Menschen nicht mehr haben, die, wenn sie ohne erteilte Unterstützung sind, lieber ihren Lebensunterhalt verdienen als ihn unentgeltlich zu erbeten.

Die rechtstündige bürgerliche Presse, die jahraus, jahrein in höchsten Tönen das Lob des Werkstudenten gesungen hat, ist schnell dabei, diese Abbaubestrebungen zu unterschätzen. In der „M.Z.“ wird sogar eifrig nach Gründen gesucht, die diesen Vorschlag in die wirtschaftliche Widerstandskraft aufstrebender junger Menschen rechtfertigen sollen. Alles aber, was da gesagt wird von sinkenden Examenresultaten, Beengung der Ausbildung und Oberflächlichkeit, läßt sich mit weit größerem Recht auf die Verbindungsstudenten anwenden. Bietet man aber denen die Paustunden und Kommerzabende, die ebenso sehr vom Studium ablenken wie ein Nebenberuf? Es ist immer dasselbe: der Dank des Vaterlandes. Denn alle Gründe sind Schamgründe. Man will gar nicht die Wissenschaft fördern, sondern man will sie den besitzlosen Klassen vorenthalten. Es soll endgültig Schluß gemacht werden mit der sogenannten „freien Bahn dem Tüchtigen“. Die Erhöhung der Gebühren auf durchschnittlich 180 bis 140 Mark im Semester war der erste Schritt dazu. Die Unterdrückung des Werkstudententums ist die zweite. Es ist die Morgen-Koethe von neuen beruflichen Zeiten, in der die besitzlosen Klassen keinen Eindruck minderbemittelter Schichten in ihre wissenschaftliche Domäne mehr zu befürchten haben.

Wenn aber an maßgebenden Stellen vielleicht doch noch die rückständige Ansicht aufzutreiben ist, daß mit dem Werkstudenten der menschlich wertvollste Teil der deutschen Studentenschaft verdrängt würde, vielleicht beschließt sich dann einmal der preussische Unterrichtsminister eingehend mit den offenen sozialreaktionären Bestrebungen des Senats an der Berliner Universität und ihres Rektors.

Der Tote im Treskowwäldchen.

Ein neuer politischer Mord?

Der gewalttätige Tod eines Schülers beschäftigt die Abteilung I A des Polizeipräsidiums. Am Montagabend fanden zwei junge Männer auf einem Kussage in dem sogenannten Treskow-Wäldchen, das zur Dahlemer Forst gehört, eine Viertelstunde von Reichsdorf entfernt, etwa einen Kilometer südlich von der Chaussee, die von Reichsdorf nach Dahlemer führt, eine männliche Leiche auf, die die Augen verbunden waren. Am Kopfe zeigte sich eine Verletzung, die von einem Schuh herzuführen scheint. Auf der Brust war mit einem Taschenmesser ein Zettel befestigt, auf dem geschrieben steht: „Tot den Verhafteten. Das Exekutivkomitee der SPD. erledigt am 26. Mai 1924.“ Der Tote wurde festgestellt als ein 18 Jahre alter Schüler Günter Beyer, Sohn des Stadtkommissars Beyer aus der Lindenstraße 31 zu Wilmberg. Ob wirklich ein Mord aus politischen Beweggründen vorliegt oder ob der Zettel mit der Aufschrift irgendeine Täuschung bezweckt, läßt sich noch nicht sagen. Beamte der Abteilung I A sind am Fundort, um die erforderlichen weiteren Feststellungen zu machen und um die Ermittlungen einzuleiten.

Eine weitere von W.W. verbreitete Nachricht besagt, daß der Tod mit schwarzen Hosenknöpfen und Schnürschuhen, einem Sporthelm, braunfarbtem Jackett und einer Schürmütze bekleidet war. Auf der Brust war ein Zettel angeheftet mit der Aufschrift: „Tod den Faltschen“. Die sofort benachrichtigte politische Polizei des Polizeipräsidiums in Berlin entsandte Kriminalkommissar Schend, der mit seinen Beamten an den Tatort eilte und feststellte, daß der Ermordete der 18jährige Sohn des Magistratsassistenten Beyer ist, der in Reichsdorf, Lindenstr. 31, wohnt.

„Militärattache von Voß“.

Ein früherer Hauptmann als Schwindler verhaftet.

Im Frühjahr vorigen Jahres besuchte ein möglicherweise aufstrebender Mann, der sich Militärattache und Kapitänleutnant von Voß nannte, Banken, Großindustrielle und Großgrundbesitzer in allen Gegenden des Reiches, vorzugsweise aber in Bonnener, der Westmark und im Rheinland, um Bestellungen auf eine Broschüre zu suchen, die „im Interesse Deutschlands“ im In- und Auslande möglichst weit verbreitet werden sollte. Die Werbeprospektus, deren Inhalt sich später als vollkommen erdichtet erwies, trugen den Aufdruck „Aus unartiges Amt Wilhelmstraße“. Darum glaubte man dem Weltgewandten, gab ihm den erbetenen Vorschuß und meistens noch mehr für die Herstellung und Herausgabe nach anderer „hochwichtiger“ Schriften. Auf Zeitungsausschnitten hin wurde schließlich der Schwindler doch gefaßt und nach Prentzlau gebracht. Jetzt erst konnte man seinen richtigen Namen feststellen. Es ist ein 29 Jahre alter früherer Hauptmann Wiß aus Götzen.

Die weiteren Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben nun auch seine übrigen Straftaten, die er alle unter falschem Namen beging, und teils auch unter falschem Namen abbühte. So hatte er in Hamburg einer Dame, mit der er näher befreundet gewesen war, die Handtasche, die Schmuckstücke enthielt, gestohlen, war aber festgenommen und verurteilt worden. Durch seinen Rechtsanwalt verlangte er ein Gnadenbitteln ein, das so überzeugend war, daß man ihn freilassen wollte. Es war ihm aber gelungen, schon vorher aus dem Gefängnis zu entfliehen. Weniger Glück hatte er in Stettin, hier in Stettin wurde er wegen Betrugs, die er als angeblicher Geschäftsführer verübte, 3 Monate Gefängnis abbühen. Aus dem Stettiner Gefängnis entflohen, trat er sofort eine Tournee als Militärattache von Voß an. Hierbei wurde er auch einmal in Stolp festgenommen. Es war aber dem Gauner gelungen, sich wieder freizuschwindeln. Im März dieses Jahres erwiderte er auf dem Transport von Prentzlau nach Trepptow an der Ostsee ein Ausflucht des Kriminalpolizei Beobachtete wurde er vor wenigen Tagen in Dillingen im Rheinland ermittelt und festgenommen. In Düsseldorf und Elberfeld hatte der Gauner als Oberleutnant von Voß große Schulden gemacht und war gefaßt. Die Düsseldorf-Kriminalpolizei war durch das Aufspüren aufmerksam geworden, erkrankte in dem Schwindler den geliebten Walter Wiß, schickte ihn in Braunschweig und ließ kommissarisch in Dillingen ermitteln und festnehmen. Er hatte schon wieder große Summen zu Prapaganza gemacht. Er ist in Auftrag von führenden politischen Persönlichkeiten ins Werk setzen sollte, ersahmhaft. Unter besonderen Sicherheitsmaßnahmen ist er in das Berliner Polizeigefängnis eingeliefert worden.

Feudale Kommunismüllerei.

Unter den aus den Kreisen der Akademiker gekommenen Kommunisten gibt es wunderliche Leute. Ihrer zwei, die in den Norden Berlins liegende Baracke Hermsdorf zu seinen Einwohnern zählt, haben dort in der letzten Zeit von sich reden gemacht.

Der eine, ein Arzt, Dr. Dahle, der in Berlin seinem Beruf nachgeht, aber in Hermsdorf wohnt, hat einen letzten Zusammenstoß mit unserem Genossen, Professor Dr. Reunzig in Hermsdorf gehabt. Die Revolution hat Dr. Dahle nachher nicht nur für SPD, für USPD, und für KPD (vielleicht auch noch für KPD?) bekommen, ohne daß er in einer dieser Parteien listen Fuß zu fassen vermochte. In der Reichstagswahlversammlung von 1924 befehlte er die USPD mit den Mitteln, die bei den „ganz Redifalen“ liegen sind. Als er in einer Wahlversammlung sprach und unter Genosse Reunzig ihn durch einen Zwischenruf ermahnte, nicht so zu schreien, entwortete Dr. Dahle mit einem groben Schimpfwort. Genosse Reunzig, der den beträchtlich jüngeren Dahle seit Jahrzehnten kennt, ließ kurz entschlossen auf das Redifalium und gab ihm eine gut sitzende Backpfeife. Dahles Freunde aus der SPD oder KPD, die sicherten dann unseren Genossen eine kleine Schachtel, bei der sie sich als Backpfeife benutzten. Die Sache hatte aber noch ein Nachspiel. Eines Tages erschien in der Wohnung des Professor Reunzig der zu den Deutschnationalen gehörende Dr. Steinbrück, Direktor des Hermsdorfer Hochschuliums. Was wollte er bei dem Sozialdemokraten? Er fragte unseren Genossen Reunzig, ob er bereit sei, dem geprügelten Dr. Dahle „Genugtuung“ zu geben. Diesen Wunsch erwiderte dem Kommunisten oder Sozialdemokraten — der Deutschnational! Genosse Reunzig sagte ihm kühl: Erstens verleihe mir meine sozialistische Anschauung, drittens mit der Waffe auszurufen; zweitens war die Oberstufe die gebührende Antwort auf die mir widerfahrte rohe Beschimpfung; drittens verleihe ich Dr. Dahle auf den gerichtlichen Weg. Gegen Reunzigs Annahme, daß die verlangte „Genugtuung“ im Duelle gegeben werden solle, wendete Direktor Steinbrück nichts ein. Man darf hieraus wohl den Schluß ziehen, daß es damit keine Möglichkeit hatte. Was sagen wohl zu Dr. Dahles Verlangen nach solcher „Genugtuung“ die Kommunisten? Oder ist er inzwischen zu den Deutschnationalen abgewandert?

Nach demselben hat ein anderer Kommunist aus Hermsdorf, der noch heute eingeschriebenes Mitglied der Kommunistischen Partei ist, ein Arzt Dr. Böy, als Freund des Duells bekannt. Ihn, der auch an jener Wahlversammlung teilnahm, in der die Kommunisten unseren Genossen Professor Reunzig zuliebe gingen, soll Reunzigs Waise dadurch gekränkt haben, daß er am Tage der Wahl bei der Begabe seiner Stimme dem zum Wahlortland gehörenden Dr. Böy nicht nach Gebühr dankte, während er die anderen Mitglieder des Vorstandes einzeln durch Handschlag begrüßte. Dr. Böy schrieb dem Uebelthäter, sein Benehmen zeige deutlich die Absicht, ihn zu verachten. Er fragte an, ob Herr Reunzig jr. willens sei, ihm „in akademischer Weise“ für sein Benehmen Erklärung oder Genugtuung zu geben? Hier wird niemand zweifeln, daß Herr Dr. Böy an ein Duell denkt. Dem Kommunisten scheint es noch nicht gelungen zu sein, die feudalen Müllerei einer gewissen Sorte von Akademikern loszuwerden.

Betriebsstörung auf der Hochbahn.

Heute früh gegen 7 1/2 Uhr brach bei einem vom Westen kommenden Zuge auf Bahnhof Reichsdorf infolge eines Fahradunfalls zwei Achsen aus den Schienen, wodurch auch die Stromschienen beschädigt wurde. Die Instandhaltungsarbeiten machten eine Unterbrechung des Betriebes auf der Strecke zwischen Wilkowitz und Reichsdorf notwendig, die bis gegen 10 1/2 Uhr dauerte. Auf den übrigen Strecken der Bahn war der Betrieb nicht gestört. Betriebsstörungen gehören auf der Hochbahn leider nicht mehr zu den Seltenheiten, sie sind diesmal gerade in die Zeit des größten Berufsverkehrs, so daß wieder viele Arbeiter und Angestellte und Beamte zu spät zur Arbeit kamen und große Unannehmlichkeiten hatten.

Mietsteuer höher als die Miete!

Das Unlogische und Ungerechte der Mietsteuer wird sich auch durch ihre Verschlepptheit aus, die dadurch entstehen, daß die Einkünfte zur Grundvermögenssteuer im Verhältnis zu den Gesamteinkünften des Grundstückes außerordentlich verschieden sind, selbst bei ganz gleichwertigen Mieträumen. Bei den einen Mietern geht die Mietersteuer bis auf 10 Proz. der Friedensmiete herunter, bei anderen steigt sie auf die Hälfte und mehr der Friedensmiete. In sehr vielen Fällen ist die steuerliche Trennung des Hausgartens, den nur der Vermieter benutzt, von dem Wohnhaus nicht durchgeführt. Die Mieter sollen dann auch die Mietersteuer aufbringen für einen Garten oder für irgendeinen anderen unbenutzten Grundstücksanteil, von dem sie nicht die geringste Nutzung haben. Der Vermieter hat begreiflicherweise gewöhnlich keine Meinung, die steuerliche Trennung herbeizuführen. Ein abnormer Fall dieser Art wird aus der Reichsdorfstraße in Trepptow mitgeteilt. Zu dem Wohnhaus mit nur drei Mietern gehört eine umfangreiche Gärmerei der Hausbesitzer ohne Steuertrennung. Der eine Mieter soll beispielsweise bei einer Friedensmiete von 9,30 M. monatlich 22,50 M. Hausmietsteuer zahlen, also rund 150 Proz. der Friedensmiete. Solche unhaltbaren Zustände scheinen geradezu nach schleunigster gesetzlicher Beseitigung.

Zu dem Tode des Pensionärs Jakob wird berichtet, daß die Ermittlungen der Nordkommission noch keine weitere Klärung gebracht haben. Es ist insbesondere auch noch nicht bekannt, wo sich der 64 Jahre alte Mann am Sonntagabend aufgehalten hat, bis er auf dem Fluß des Hauses Lange Straße 105 beunruhigend aufgefunden wurde. Der junge Mann und das junge Mädchen, die bei ihm standen, sind noch nicht ermittelt. Alle, die zur Aufklärung beitragen können, werden dringend ersucht, sich bei Kriminalkommissar Dr. Beerndorf im Zimmer 51a des Polizeipräsidiums zu melden.

Feuer im Neuköllner Rathaus. Am Montag wurde die Feuerwehr nach dem Rathaus in Neukölln, Berliner Straße 62/64, alarmiert. Sofort rückten mehr als 30 Fahrzeuge dorthin aus. Es brannten auf dem Dach Laubholzbretter, die verunfallt durch Funkenflug in Brand geraten waren. Das Feuer konnte bald abgelöscht werden, ohne größeren Umfang anzunehmen.

Die Anzeiger, Wartegelder und Hinterbliebenenbezüge aus Reichsmilitär werden am 28. Mai in der bisherigen Höhe an den Zahlstellen der Versorgungsämter usw. gezahlt bzw. auf die Konten überwiesen. Die Restzahlung auf die ab 1. Juni zustehenden erhöhten Bezüge wird sämtlichen Empfängerinnen in der ersten Hälfte des Monats Juni durch die Post zugestellt werden.

Schicksalsbaum, Elternbeitragsmacht, Parteigenossenschaft und andere fortschrittlich gesonnene Eltern werden ersucht, ihre Adresse zu senden an Herrn Hoemann, Berlin N., Sonnenburger Straße 4.

Zwei Raubmörder verhaftet. Der aus Westfalen stammende Schuhmacherehrliche Peter Karier und sein Bruder, der im Jahre 1905 in Thorneureth geboren Hilfsarbeiter Franz Karier erschlugen das Ehepaar Schulz und raubten 5 Millionen Bargeld und Schmuckstücke. Die Polizei verhaftete die beiden Brüder in dem bayerischen Grenzort Freilassing.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Heute, Dienstag, den 27. Mai:

12. Abt. Mitgliederversammlung abends 7 1/2 Uhr, in der Schulaula Bergmannstraße 61/63. Anwesenheit des Abteilungsleiters. Die Beratung der Elternbeitragsmacht.

Morgen, Mittwoch, den 28. Mai:

10. Abt. Abends 7 1/2 Uhr. Mitgliederversammlung bei Reich. Polizeipräsidium, Straße 61. Geschäftsbericht Raubmörder.

